

Der Fukushima-Report (4): Das Panik-Orchester

geschrieben von Admin | 2. Januar 2017

Angela Merkel, die kritische Meinungen inzwischen schon mal als „postfaktisch“ bezeichnet, hat 2011 die damals frisch beschlossene Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke einkassiert und eine „Energiewende“ in Deutschland eingeleitet. Die von linksgrüner Angstpropaganda nach dem Unglück in Japan verunsicherte deutsche Öffentlichkeit – darunter vor allem die Medien – unterstützte die Kehrtwende der Kanzlerin, obwohl es Merkel dabei erkennbar nicht um die Sache ging. Die CDU-Vorsitzende handelte vor allem aus der Angst heraus, ihre Partei werde bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Stimmen verlieren. Das plötzliche Abrücken von ihrer früheren Energiepolitik zahlte sich für die Union nicht aus: In Stuttgart gewann eine grün-rote Koalition und auch in Mainz schafften es die Christdemokraten nicht in die Regierung.

Ob der Kanzlerin damals klar gewesen war, dass Deutschland in der Mitte Europas in ein riesiges europäisches Energieverbundnetzwerk eingebunden war, ist zu bezweifeln. Denn sonst hätte die große Europäerin sich ja wenigstens mit ihren Nachbarn über diesen Schritt abgestimmt, da diese direkt von der Entscheidung betroffen sind und jetzt Schutzmaßnahmen technischer Art (Phasenschieber) in ihre Netze an den Grenzen zu Deutschland installieren, um sich vor den Folgen der deutschen „Energiewende“ zu schützen.

Bei uns kommt der Strom aus der Steckdose

Wie naiv – und das ist mit dem Mäntelchen der Nächstenliebe ausgedrückt – die deutsche Energiepolitik ist, möchte ich an einem Beispiel aus der jüngsten Geschichte der „Energiewende“ zeigen. Die Bundesregierung hat beschlossen, dass bis zum Jahre 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren sollen, um – wie es heißt – den Verkehr umweltfreundlicher zu machen. Dafür will der Staat sogar eine Kaufprämie zahlen, natürlich aus Steuergeld – woher auch sonst? Da wollen die ach so fortschrittlichen Vorstände der Automobilkonzerne natürlich nicht zurück stehen – oder besser: mitkassieren – und lassen fleißig Elektroauto-Systeme entwickeln, die die miserable Reichweite für den mobilen Bürger attraktiv machen sollen, etwa Schnelladestationen von sage und schreibe 350kW Leistung, die in kurzer Zeit die riesigen Autobatterien laden sollen.

Ich kann mir so ein Ladekabel eigentlich nur gekühlt vorstellen, da fließen bei 650 Volt Betriebsspannung eines E-Mobils immer noch über 500 Ampere durchs Kabel. Zum Vergleich: Die meisten Haushaltsstromkreise sind mit 10 Ampere abgesichert. Unter großem medialen Getöse wurde diese Idee gefeiert und der Bund stellt schon mal 300 Millionen Euro Steuergeld für Tausende solcher Stationen bereit. Steckdose statt Zapfsäule: Bekanntlich kommt der Strom in Hellddeutschland aus der Buchse.

Kommt ein Milchmädchen daher – eines, das noch vor der deutschen Matheschwäche die Hauptschule abgeschlossen hat – und fängt an, zu rechnen. Nehmen wir an, es ist 20:00 Uhr. Von der Million Autos werden jetzt, na sagen wir 10 Prozent, also 100.000 zum Aufladen mit dem Stromnetz verbunden. Jede Dose hat 350 kW, macht 100.000 mal 350 kW macht 35 Millionen Kilowatt oder 35.000 Megawatt. Das sind 23 Großkraftwerke von der Güte Brokdorfs oder Emslands mit je 1.500 MW Leistung.

Aber bis 2022 werden die restliche Handvoll AKWs abgeschaltet sein, die es noch gibt, und bis 2050 soll auch der Ausstieg aus der Kohle-Verstromung vollendet sein. Tja, liebe Politiker, dann fangt schon mal an, Ideologie-Verbrennungs-Kraftwerke zu bauen, denn in Deutschland gibt es insgesamt 60 Millionen Kraftfahrzeuge, deren Verbrennungsmotoren die Regierung bis 2035 verbieten will. Und die wollen alle irgendwie geladen werden.

Per Ordre di Ethik-Kommission

Wievielt Autos von den 60 Millionen abends an die Steckdose gehen und welche Kraftwerksleistung dafür benötigt wird, können sich andere Milchmädchen ausrechnen. Hier ist nur anzumerken, dass der Planungs- und Bauzeitraum für ein Kraftwerk ca. 10 bis 15 Jahre beträgt. Aber niemand, wirklich niemand würde in Deutschland heute auch nur einen Cent in einen neuen Kraftwerksbau stecken. Wir legen gerade brandneue Kraftwerke wie Irsching still, das modernste Gaskraftwerk der Welt. Im Subventions-Gestrüpp der Energiewende sind sämtliche Kraftwerke nämlich einfach nicht mehr rentabel zu betreiben. Gegen Erzeuger, die 80 Prozent ihres Einkommens aus Subventionen generieren, kommt keine Industrieanlage an. Und welcher Investor baut ein Kraftwerk in einem Land, wo die Regierung es mal eben so „per Ausstiegsbeschluss“ und Ordre di Ethikkommission aus irgendeinem zurzeit gerade ideologisch missliebigen Energieträger gegen eine kleine Entschädigung enteignen kann?

Kommt ein umweltbegeisterter Politiker daher und säuselt: „Bis dahin haben wir ja die intelligenten Netze, die eine Überlastung der Netze sicher verhindern“. Ach hätten wir doch intelligente Politiker, die selber merken, dass dies nur bedeutet, dass das Netz nicht zulässt, dass mehr Autos geladen werden, als die Kraftwerke gerade bespeisen können. Dann würden sie nämlich selber merken, dass nicht mehr alle Bürger Auto fahren können, da ihre Batterien leer bleiben. Autofahren ist dann wie Segeln – wenn der Wind weht, geht's voran. Interessant wird dann die Frage: Wessen Auto wird heute geladen? Und wessen morgen? Willkommen in der schönen neuen Fußgänger-Welt mit den Mehrkosten einer Eiskugel (Minute 6:45) pro Monat. Noch was, liebe Politiker: Stromautobahnen produzieren keinen Strom. Genauso, wie Autobahnen keine Autos herstellen.

Fachleute können meine stark vereinfachte und fehlerbehaftete Darstellung durchaus als Milchmädchenrechnung abtun – sie will ja auch nur die Dimensionen zeigen, mit denen wir es zu tun haben. Ist es nicht eher ein bisschen arg „postfaktisch“, den Elektroenergieverbrauch in gigantischem Umfang für Mobilität der Straßen hochfahren zu wollen, bei gleichzeitigem Herunterfahren der Elektroenergieproduktion durch

Ausstieg aus diversen Grundlastenergieträgern? Ausstieg aus allem, ist das nicht irgendwie irre?

Windmühlen, Brenngläser, Furzgas

Doch zurück zu Fukushima und der Atomenergie. Zu Beginn hieß es noch: Wir sind mit der Energiewende die Vorreiter und die Welt wird uns folgen. Inzwischen sind wir die Geisterfahrer der Energiewende. Für Politiker: Geisterfahrer ist immer der, dem alle anderen entgegenkommen. Kernenergie-Ausstiegsland ist Deutschland. Belgien, die Schweiz, Taiwan und Spanien wollen – vielleicht – später mal aussteigen.

Umgekehrt steigen die Vereinigten Arabischen Emirate und Weißrussland neu in die Kernenergie ein. In den beiden Ländern werden derzeit insgesamt sechs Kernkraftwerke gebaut. In den USA sind vier Kernkraftwerke im Bau. Großbritannien hat beschlossen, seinen Kernkraftwerkspark mit mindestens drei Anlagen moderner Bauart zu ersetzen. China, Indien und Russland verfolgen umfangreiche Ausbaupläne. Auch in Argentinien, Finnland, Frankreich, Pakistan, Polen, Rumänien, der Slowakei, Südafrika, Südkorea, der Türkei oder Ungarn wird die Kernenergienutzung vorangetrieben.

Derzeit befinden sich weltweit 60 Atomkraftwerke im Bau. Seit Anfang 2015 haben 17 Kernkraftwerke den kommerziellen Betrieb aufgenommen und 11 neue Bauprojekte wurden gestartet. International wird die Atomtechnologie weiterentwickelt. In China sind zwei sogenannte Hochtemperatur-Kugelhaufen-Reaktoren im Bau. Diese ursprünglich aus Deutschland stammende Bauart hat wegen ihrer Sicherheitseigenschaften – eine Kernschmelze ist dort aus physikalischen Gründen nicht möglich – ein vielversprechendes Zukunftspotenzial, genau wie der neuartige Thorium-Flüssigsalzreaktor, der kaum radioaktiven Abfall hinterlässt. Den 60 AKW-Neubauten weltweit steht eine Handvoll deutscher AKW zur Abschaltung gegenüber. Wenn die Deutschen keine Atomkraftwerke wollen – die Italiener und Österreicher denken ja genauso – dann ist das in Ordnung. Aber die Deutschen wollen auch keine Kohle- oder Gaskraftwerke und an diesem Punkt wird es eben irrational. Deutschland auf dem Weg zurück zur Technologie des Mittelalters: Windmühlen, Brenngläser und Furzgas. Oder wenn man sich ehrlich machen würde: auf dem Weg in die Energiemangelwirtschaft.

Politik auf dem Prinzip Hoffnung

Und noch eine schlechte Nachricht für umweltbesoffene Politiker: Außer Pumpspeicherkraftwerken existiert keine industriereife Speichertechnologie für Strom. Notabene – ich rede hier nicht von Handyakkus oder Einfamilienhäusern, sondern vom Industriestandort Deutschland. Pumpspeicher gibt es in Deutschland noch nicht einmal mit 10 Prozent der Kapazität, die benötigt würde, um den Kernenergieausstieg mit erneuerbarer Energie zu kompensieren. Und die existierenden Pumpspeicherwerke sind nicht einmal mehr rentabel – auch sie müssen subventioniert werden. Für hunderte neuen Pumpspeicherwerke, die für die Energiewende gebraucht würden, gibt es in Deutschland gar keine Standorte, geschweige denn Investoren oder Akzeptanz.

Nicht umsonst hatte die Regierung die glorreiche Idee, norwegische Fjorde als Pumpspeicherwerke zu nutzen. Nur haben sie vergessen, die

Norweger dazu zu befragen, und es ist sehr still um die Idee geworden. Auch die Sahara wurde leider den Deutschen nicht für die Energiewende zur Verfügung gestellt. Deshalb bleibt die Energiewende eine Rolle rückwärts in die Braunkohle. Die deutsche Regierung betreibt Energiepolitik basierend auf dem Prinzip Hoffnung, dass demnächst großtechnisch nutzbare Energiespeicher erfunden werden. Jede Woche wird eine neue Idee in den Medien gehypt, eine spinnerter als die andere. Die Projekte haben alle eines gemeinsam: Nach kurzer Zeit verschwinden sie aus den Nachrichten und werden durch neue Wunderwaffen für den Endsieg der Energiewende ersetzt. In Wahrheit steigt mit jedem neuen Windrad und mit jedem neuen Sonnenpaneel das Risiko eines Blackouts in Deutschland, dessen Folgen ich mir gar nicht vorstellen mag.

Der Frühmensch brauchte tausend Jahre, um das erste Feuer zu beherrschen. Die Kernenergie ist das zweite Feuer und erst im 50. Jahr ihrer Entwicklung. Wenn sie sicher, ökonomisch und kohlendioxidfrei Strom für die Menschen produzieren kann, dann steht sie erst am Anfang ihrer Entwicklung. Wenn sie das nicht kann, dann wird sie verdientermaßen untergehen. Wir werden sehen.

„Halbe Wahrheit ist ganze Lüge“

Ich schließe diese Artikelserie mit einem persönlichen Erlebnis ab, das ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der deutschen Medien zur Atomenergie wirft. Vor drei Jahren wurde ich von einem seriösen Wissenschaftsredakteur zum Thema „Energie, Wohlstand und Freiheit“ befragt. Der Redakteur arbeitete für ein Magazin, das sich damit brüstete, größten Wert auf Fakten zu legen. Als der Artikel in Druck ging, stoppte der damalige Chefredakteur den Andruck mit der Bemerkung: „Das ist ja kernenergiefreundlich. Das bringen wir nicht.“ Verärgert ließ der düpierte Journalist den Artikel in der Schweizer „Weltwoche“ veröffentlichen.

Wenn ein deutsches Magazin, das sich gern seiner Faktentreue rühmt, einen Bericht unterschlägt, weil ihm dessen Richtung nicht paßt, dann sind viele Fakten dieser Fukushima-Artikelserie vielleicht auch für Sie neu gewesen. Wie sagte der kluge Rabbiner? „Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.“ Und „fake news“ sollen in Deutschland möglichst unterbunden werden. Was angeblich falsche Nachrichten sind, entscheidet dann womöglich ein Wahrheitsministerium (s. dazu auch hier und hier).